

Interfraktionelles Postulat GB/JA!, SP/JUSO (Natalie Imboden/Christine Michel, GB/Ruedi Keller, SP): Anhebung der Mindestlöhne in der Stadtverwaltung und Überprüfung des Lohnsystems

Intervention der PdA Bern an der Sitzung des Stadtrats vom 3.6.10

Die Konjunktion und hat's dick hinter den Ohren: Sie kommt so harmlos daher, dass man sie fast übersieht – und schon geht man ihr auf den Leim! Im vorlierenden Postulat beginnt das Übel schon mitten im Titel: Anhebung der Mindestlöhne und Überprüfung des Lohnsystems. Was da miteinander verkuppelt werden soll, das ist jetzt aber wirklich nicht auf dem gleichen Mist gewachsen und sollte ganz schön auseinander gehalten werden – am allerbesten in zwei unterschiedlichen Postulaten.

Die Anhebung der Mindestlöhne in der Stadtverwaltung durch Streichung der untersten beiden Lohnklassen ist für die PdA Bern eine Minimalforderung, die weit unter unseren Vorstellungen von einer grösseren Lohngerechtigkeit in der Berner Stadtverwaltung liegt. Weshalb sich das Postulat nicht auf den Mindestlohn gemäss der gewerkschaftlichen Volksinitiative bezieht, ist allerdings sehr irritierend. Weil es jedoch einen kleinen Schritt in die richtige Richtung darstellt, unterstützen wir selbstverständlich den ersten Punkt des Postulats.

Doch nach dem und wird mir ganz anders: Da wird dann so ausführlich über Lohnsysteme und Arbeitsplatzbewertung gefaselt, dass ich mich fragen muss, was denn nun den PostulantInnen genau vorschwebt. Und dann treffe ich auf das Zauberwort „alternativer Lohnmodelle“ und glaube zu verstehen, wohin die Reise gehen soll: nämlich über die Kaderlohnobergrenze von 200'000 Franken hinaus. Also hartnäckig sind sie ja! Nur traurig, auf welches Niveau das einst gepflegte Adjektiv alternativ gesunken ist. Es wäre wohl endlich an der Zeit zu merken, dass die Demontage eines Volksentscheids nicht einfach so untergejubelt werden kann mit einem beiläufigen und...

Aber damit noch lange nicht genug, erfahren wir dank diesem Postulat doch gleich noch, wie eine „möglichst gerechte Lohnfindung“ zu erreichen ist. Meinen Sie das wirklich ernst: gerechte Löhne dank der „analytischen Arbeitsplatzbewertung“! Das erfahre ich aus einem Postulat von GewerkschafterInnen, die wohl häufiger als ich die Gelegenheit hatten, diese „analytischen wissenschaftlichen Bewertungssysteme“ als Instrumente der Unternehmensführung gegen die Angestellten kennen zu lernen. Dagegen mutet die klassische Arbeitswertlehre, wie sie von der GLP jüngst gegen unsere 1 : 3-Motion ins Feld geschickt worden ist, direkt schon ein bisschen heimelig an.

Und dann das dicke Ende: Diese Lobpreisung einer Wissenschaft im Dienst des Kapitals ist den PostulantInnen dann auch noch einiges an Steuergeld wert, sind doch „externe Fachleute“, wie wir doch wissen sollten, nicht eben gerade günstig zu haben. Wenn es um die Bezahlung von Fachleuten im Dienst der bürokratischen Kontrolle und Bewertung geht, scheinen sich die PostulantInnen aber ganz auf das offene Ohr eines Gemeinderats zu verlassen, der ja auch bei Assessments und ähnlichen Ritualen nicht geizt.

Die PdA Bern lehnt daher den 2. Punkt des Postulats ab: Alternative Lohnmodelle im Sinn des Postulats und die Methoden analytischer Arbeitsplatzbewertung lassen wir uns nicht so schnell en passant unterjubeln. Und dass die SozialpartnerInnen in die Mitwirkung einbezogen werden sollen, beruhigt uns nicht wirklich, nachdem uns der auf sehr eigene Art sozialpartnerschaftliche Blick der PostulantInnen doch einiges zugemutet hat.